

Freie Demokratische Partei Goslar: Meinungsfreiheit? Nein, danke.

Die Causa Monika Ebeling: Nun auch Entlassung als Kindergartenleiterin

27. 08. 2011, Dr. Karin Jäckel, www.karin-jaeckel.de

Im Mai 2011 wurde Monika Ebeling als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Goslar ihres Amtes enthoben, weil die politische **LINKE** Anstoß daran nahm, dass sie – wie von Familienministerin Schröder gefordert - auch Männer und Jungen gegen Ungleichstellung unterstützt.

Im August des Jahres setzte die **FDP**-Fraktion-Goslar das politische Kesselreiben fort und beantragte, „Frau Ebeling die Leitung des Kindergartens Löwenzahn unverzüglich zu entziehen“.

Die FDP-Ratsfraktion Goslar (Christian Rehse/Dirk Öhne) nannte dafür folgende Gründe:

Frau Ebeling haben mit ihrem Beitrag im „Focus“ vom 25. 7. 2011 „die Grenzen des Mäßigungsgebotes, die ihr als Kommunalangestellte auferlegt sind, endgültig überschritten“, da sie behauptete, der „Geschlechterkampf der vergangenen Jahrzehnte [habe] zahllose geknechtete und paralysierte Männer als Kanonenfutter und Industriesklaven hinterlassen“. Zudem werde es „nach Überzeugung von Frau Ebeling Jungen schon als Kinder schwer gemacht [wird], damit es Mädchen leichter haben.“
Zudem habe sie „trotz Untersagung für eine private Grundschule außerhalb Goslars Werbung im Kindergarten aushängt.“

Als Schlussfolgerung der freien Meinungsäußerung Monika Ebelings wird erklärt:

„Wer in einer solchen einseitigen und radikalen Gedankenwelt lebt und diese öffentlich vertritt, kann nach Ansicht der FDP-Ratsfraktion keinen Kindergarten neutral und ausgeglichen leiten.“

Dass die **FDP** zusehends die Bodenhaftung und den Rückhalt im Volk verloren und sich deshalb bereits bundesweit ins politische Abseits manövriert hat, ist bekannt.

Dass jedoch ausgerechnet diese Partei, die den Begriff „frei“ in ihrem Namen führt, das Recht auf Meinungsfreiheit durch die Bedrohung mit Entlassung torpediert, wäre eine weitere ganz unglaubliche politische Lachnummer der FDP, wenn es nicht so brisant und demokratiefeindlich wäre.

Sind wir in Deutschland etwa schon wieder so weit, dass wir bei Strafe des Lied zu singen haben, des Brot wir essen? Müssen wir unserer freiheitlichen, demokratischen Rechte entsagen und uns einen Maulkorb anlegen (lassen), weil wir dem Arbeitgeber gegenüber loyal zu sein haben und koste es auch das eigene bessere Wissen und Gewissen?

Sind wir nur dann noch auf der sicheren Seite, wenn wir Frauen und Mädchen grundsätzlich als unschuldige, schwache und in jeder Hinsicht benachteiligte Daueropfer von Männern und Jungen und als bessere Schöpfungsalternative überbewerten? Müssen wir wegsehen, weghören, wenn Männer und Jungen benachteiligt, gemobbt, misshandelt und missachtet werden?

Müssen wir hinnehmen, dass das Matriarchat/der Feminismus das Patriarchat ersetzt und die damit verbundene Macht lediglich den Träger wechselt, statt männlich nun weiblich besetzt wird bzw. ist?

Unbestreitbare Tatsache ist, dass Jungen seit Jahren gegenüber der massiven Mädchenförderung benachteiligt werden und erst ganz langsam ein geringes Umdenken etwa in der Bildungspolitik stattfindet und ein Erschrecken über die zunehmende Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit von „stark gemachten“ Mädchen durchs Land geht.

Ebenso unbestreitbar ist, dass bundesweit flächendeckend ein breites Frauenfördernetzwerk besteht und weiterhin ausgebaut wird, das bis ins Berufsleben reicht. Universitäten zum Beispiel formulieren Stellenausschreibungen ganz ungeniert und expressis verbis als Frauenfördermaßnahme und dass bei gleicher Qualifikation einer Frau der Vorzug vor einem Mann gewährt werde.

Nicht weniger gewiss ist, dass es kein vergleichbares Jungen- und Männerfördernetzwerk gibt, obwohl immer mehr Jungen und Männer zu den Verlierern im Erwerbs- und Privatleben gehören und die für Kinder fatalen Folgen von Vaterlosigkeit und Alleinerziehendenverarmung längst Allgemeinwissen sind.

Diese auch gesundheits-, bildungs- und arbeitspolitisch seit langem heiß diskutierten Fakten verleugnen zu wollen, ist bürgerferne Vogel-Strauß-Politik und kommt einer Verhöhnung elementarer Bürgerinteressen gleich.

Eine Kindergartenleiterin aus dem Arbeitsverhältnis zwingen zu wollen, weil sie genau diese allseits bekannten Missstände öffentlich in aller gebotenen Schärfe und Härte zu benennen wagt, anstatt von Amtsträger zu Amtsträger das Deckmäntelchen der Solidarität über die politisch anscheinend korrekte Benachteiligung von Jungen und Männern wegen des Geschlechts zu legen, - wie soll ich das nennen? Diktatur?

Den politisch Wachen kann nur beruhigen, dass auch in Goslar Bürgerinnen und Bürger leben, die sich mit einem solchen Abbau der Meinungsfreiheit und demokratischen Rechte nicht abfinden und auf ihre Weise dagegen auf die Barrikaden gehen.

©Dr. Karin Jäckel

Fußnoten:

Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Goslar vom 12. August 2011, mit Ratspost versandt am 19. August 2011